



Ueli Maurer tritt den Rückzug an

Prominente SVP-Parlamentarier kritisieren die Militärpolitik ihres Bundesrats

Mit Aussagen zum künftigen Armeebestand provoziert Verteidigungsminister Maurer Kritik im eigenen Lager. Nun versucht er das Vorpreschen zu erklären und zu korrigieren.

Andreas Schmid

Eigentlich würde er den Armeebestand am liebsten verdoppeln, sagte Bundesrat Ueli Maurer am Freitag am Schweizerischen Miliz- und Militärfest in Langenthal (BE). Doch aus demografischen und finanziellen Gründen müsse er künftig einen Abbau ins Auge fassen. «Ich will nicht, aber ich muss.» Mit dieser Aussage versuchte Maurer die Irritationen zu klären, die er am vergangenen Wochenende verursacht hatte: Der Verteidigungsminister sagte der «Sonntags-Zeitung» in einem Interview, dass der Bestand der Armee von heute 120 000 Aktiven und 80 000 Reservisten in einigen Jahren auf 80 000 Aktive und 40 000 Reservisten verkleinert werden müsse. Vor allem Panzer- und Artillerietruppen würden aufgrund der veränderten Bedrohungslage reduziert.

Mit diesen Aussagen schockierte Maurer nicht nur die Offiziersgesellschaft und betroffene Organisationen, sondern vor allem auch das bürgerliche Lager. Ausgerechnet in den eigen-

nen Reihen sorgte Maurer für Unmut, denn die SVP hatte sich stets dezidiert gegen einen Armee-Abbau und die Rückstufung von Panzer- und Artillerieeinheiten gewehrt.

SVP-Nationalrat Bruno Zuppiger, der Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission (SiK), ärgerte sich am Rand des Festes in Langenthal über Maurers mediales Vorpreschen: «Da ist er in ein Fettnäpfchen getreten», sagte Zuppiger. «Das war sein erster grosser Fehler als Bundesrat, wohl auf einen Blackout zurückzuführen.» Auch andere SiK-Mitglieder der SVP haben wenig Freude an Maurers Standortbestimmung: «Eine Verkleinerung der

Armee ist nicht angebracht», sagt Christian Miesch, Toni Bortoluzzi zeigt sich «wenig begeistert» über Maurers Analyse, und Thomas Hurter kritisiert, dass diese vor dem Vorliegen des sicherheitspolitischen Berichts vorgenommen wurde.

Verbündete in der eigenen Partei findet Maurer in Roland Borer und Ulrich Schlüer – auch sie gehören der nationalrätlichen SiK an. Maurers Vorgänger Samuel Schmid habe dem amtierenden Verteidigungsminister «das Ei mit der Reduktion des Armeebestands gelegt», sagt Borer. Der Weg, den Maurer nun einschlagen müsse, sei längst vorgespurt. Schlüer macht für die Situation ebenfalls nicht Maurer

verantwortlich, für ihn ist Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf Verursacherin des Problems: Die hohe Rate an Untauglichen rühre vom liederlichen Einbürgerungsverfahren her, denn viele Dienstpflichtige würden dispensiert, «weil sie wegen ungenügender Sprachkenntnisse die militärischen Befehle nicht verstünden». Das VBS versucht inzwischen, die Wogen zu glätten. Maurers Sprecher Jean-Blaise Defago präzisiert dessen Aussagen: In den nächsten fünf bis sechs Jahren bleibe der Armeebestand unverändert. «So lange passiert sicher nichts», betont Defago. Maurer plane keinen nächsten Reformschritt.

Die entstandene Polemik kommt dem VBS aber so ungelegen, dass Defago auch Selbstkritik übt: «Dass sich Maurer im Interview auf Zahlen festgelegt hat, war verfrüht. Konkrete Zahlen würde er heute nicht mehr nennen», sagt Defago. Der Verteidigungsminister will die Öffentlichkeit nun nächste Woche an einer Medienkonferenz über den neusten Stand orientieren. Defago betont zwar, das Geschehe nicht aufgrund der herrschenden Aufregung. Trotzdem wird der Bundesrat um besänftigende Erklärungen bemüht sein – obwohl Maurer in Langenthal der «NZZ am Sonntag» sagte: «Um eine Diskussion auszulösen und zu provozieren, war es wohl doch angebracht, die Fakten zu benennen.»